



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Glier: Ist England steuermüde geworden?

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

ob in ihren Gedanken, wenn man sie auf den ausländischen Betrieb der Parteikonferenzen anwendet, derartige Motive mitgewirkt hätten. Bei den wirklichen Friedensverhandlungen wird es sich zeigen. Und es wird sich dann zeigen, wie sich bei uns die Volksmassen selber mit ihren politisch-sozialen Instinkten verhalten. Mindestens ebensoviel wie zu Beginn des Krieges von der Haltung der Sozialdemokratie für unsere äußere Kraftentwicklung abhing, wird beim Friedensschluß für unsere innere Entwicklung von dieser Haltung abhängen. Dann erst kann es sich ganz offenbaren, ob die Sozialdemokratie in der Tat einen solchen Lebensgeist in sich hat, der sie befähigt und zwingt, zu einer gereinigten Partei mit einem unbefangenen Bekenntnis zum Staatsgedanken über den Ständen und Klassen zu werden. Tritt dieser Fall aber ein, dann handelt es sich für das Reich und das Königreich Preußen darum, den Keim nicht zu stören und ihn fruchtbar werden zu lassen.



Ist England steuermüde geworden?

Von Dr. Glier

I.



chon im Frieden hat Großbritannien neben einer hohen, ausschließlich aus Kriegen, nicht aus dem Bau von werbenden Anlagen stammenden Staatsschuld eine sehr schwere Steuerlast zu tragen gehabt. Der Krieg hat beide ungemessen gesteigert.

Im Rechnungsjahre 1913/14 hatte der Schatzkanzler insgesamt 198 Millionen Pfund Sterling vereinnahmt. Für 1914/15 erwartete er nach dem vor Kriegsausbruch aufgestellten Budget 207 Millionen Pfund Sterling, also etwas über 4 Milliarden Mark. Er schrieb dann im November 1914 neue Steuern aus und glaubte daraufhin mit Einnahmen in der Höhe von 214 Millionen Pfund Sterling rechnen zu können. Tatsächlich hat er 227 Millionen Pfund Sterling oder rund $4\frac{1}{2}$ Milliarden Mark eingenommen.

Im nächsten Finanzjahr (1915/16) sind als Folge weiterer Kriegsteuern neue 110 Millionen Pfund Sterling (337 Millionen Pfund Sterling oder $6\frac{3}{4}$ Milliarden Mark) in seinen Säckel geflossen.

Während 1916/17 hoffte er (er hatte im April 1916 zum dritten Male Kriegsteuern ausgeschrieben) 500 Millionen Pfund Sterling oder 10 Milliarden

Mark hereinzubringen; 570 Millionen Pfund Sterling oder $11\frac{1}{2}$ Milliarden Mark sind es geworden.

Vor kurzem hat der Schatzkanzler dem englischen Unterhaus mit dem Budget für 1917/18 das vierte Kriegssteuergesetz vorgelegt und dabei die Einnahmen auf 638 Millionen Pfund Sterling oder $12\frac{3}{4}$ Milliarden Mark beziffert. Mit anderen Worten: er rechnet damit, daß er im vierten Kriegsjahre über reichlich dreimal soviel laufende Einnahmen wie in der Zeit vor dem Kriege werde verfügen können.

Mancher wird an der Hand der Tatsache, daß bisher jedes in den Krieg fallende Finanzjahr dem englischen Schatzkanzler mehr Einnahmen gebracht hat, als er erwartet hatte, zu der Annahme neigen, daß auch das Finanzjahr 1917/18 einen den Voranschlag übersteigenden Ertrag liefern werde. Wahrscheinlich aber trägt diesmal eine solche Rechnung. Es besteht vielmehr Grund zu der Annahme, daß die deutschen U-Boote eine Korrektur der erwarteten englischen Einnahmen nach unten zu vornehmen werden. Der Schatzkanzler hat bei der Aufstellung seines Budgets schon etwas „vorgebeugt“; hoffen wir, daß die U-Boote einen weiteren Abbau seiner Ziffern, der sich sehen lassen kann, besorgen werden.

Die englischen Staatseinnahmen sind, wie oben gezeigt, von 1913/14 bis 1917/18 — binnen vier Jahren — durch fortgesetzte Erhöhung der bestehenden und Schaffung neuer Steuern um weit über 8 Milliarden Mark gesteigert worden. Etwas Derartiges hat die Welt noch nicht gesehen, vor drei Jahren überhaupt nicht für möglich gehalten. Um sich von dem englischen Opfermut auf steuerlichem Gebiete einen Begriff machen zu können, sei vergleichsweise festgestellt, daß England jetzt in einem Jahre im Steuerwege den dreifachen Betrag von dem aufbringt, was Frankreich nach dem Kriege von 1870/71 dem Deutschen Reiche als Kriegssentschädigung gezahlt hat! Das Dreifache der „berühmten“ 4 Milliarden Mark, die Frankreich im Laufe von drei Jahren leistete und natürlich auf Kredit nahm, bringt jetzt England binnen einem Jahre an laufenden Einnahmen nicht im Kreditwege auf!

Vor dem Kriege hat die fundierte englische Staatsschuld rund $11\frac{3}{4}$ Milliarden Mark betragen; und auf $12\frac{3}{4}$ Milliarden Mark werden für 1917/18 die laufenden Einnahmen des englischen Schatzamtes veranschlagt. Sie würden also hinreichen, um die fundierte englische Vorkriegsschuld mit einem Schläge aus der Welt zu schaffen!

Sie würden auch hinreichen, um die Schuld des Deutschen Reiches nach dem Stande am 31. März 1913 mehr als zweimal zu bezahlen.

Diese Gegenüberstellungen dürften ein anschauliches Bild von den ungeheueren, auf England jetzt ruhenden Steuerlasten vermitteln.

Und ist es schon wunderbar, daß die englische Regierung es wagte, dem Volke mitten im Kriege eine solche Bürde aufzuhalsen, so ist es noch wunderbarer, daß diese unglaubliche, vor kurzem überhaupt nicht für möglich gehaltene

Erhöhung der Steuern vielen noch nicht genügt, daß ihrer weiteren Steigerung in der Presse und im Parlament bei jeder sich bietenden Gelegenheit das Wort geredet wird. Man hat, um einen Beleg für viele zu geben, bei der Vorlage des Budgets für 1917/18 Bonar Law z. B. gefragt, warum er die Einkommensteuer mit 5 Schillingen vom Pfund (25 Prozent) habe bestehen lassen, statt sie auf 6 Schillinge und mehr (30 oder 33 Prozent) nur hinaufzuschrauben.

II.

Was hat Bonar Law mit dem vierten Kriegssteuergesetz*) eigentlich gefordert? Er hofft die Einnahmen des Jahres 1916/17 von 573 Millionen Pfund Sterling auf 639 Millionen Pfund Sterling zu steigern; also rund 66 Millionen Pfund Sterling oder etwa $1\frac{1}{4}$ Milliarde Mark neu zu gewinnen.

Ein wesentlicher Teil dieses Betrages stammt aus der „natürlichen Entwicklung“, aus Mehreinnahmen ohne neue Gesetzgebung. Ein weiterer Teil rührt aus einem von Indien zu leistenden Zuschuß her, welcher dem englischen Steuerzahler natürlich nicht zur Last fällt. Das Mehr, welches Bonar Law aus seiner jüngsten Steuervorlage selbst erwartet, beträgt nur rund 30 Millionen Pfund Sterling (600 Millionen Mark). Herzlich wenig; verwunderlich wenig, wenn man im Auge behält, wie sich seine zwei Amtsvorgänger ins Zeug gelegt haben.

Das erste englische Kriegssteuergesetz sollte, wenn voll wirksam, 51 Millionen Pfund Sterling, also 1 Milliarde Mark, neu bringen. Vom zweiten Kriegssteuergesetz erwartete man 115 Millionen Pfund Sterling, also rund $2\frac{1}{3}$ Milliarden Mark. Das dritte Kriegssteuergesetz sollte nach der Berechnung Mc. Kennas, dem größten Steuermacher, den die Welt je gesehen, wiederum rund 80 Millionen Pfund Sterling, also $1\frac{2}{3}$ Milliarden Mark, abwerfen. Und jetzt kommt, bei bedeutend erhöhten Aufwendungen für den Krieg, Bonar Law mit dem vierten Kriegssteuergesetz und begnügt sich mit 30 Millionen Pfund Sterling, mit weit weniger, als man im November 1914, im September 1915 und im April 1916, zu einer Zeit, wo der Krieg noch nicht entfernt so große Beträge verschlang wie heute (der Schatzkanzler hat in den ersten sechs Wochen des eben begonnenen Finanzjahres Tag für Tag insgesamt 150 Millionen Mark bereitstellen müssen), dem englischen Volke zugemutet hatte. Man erwartete ein Steuergesetz, das mindestens 60 Millionen Pfund Sterling neu brächte; der Schatzkanzler aber begnügt sich mit bescheidenen 30 Millionen Pfund Sterling; mit der Hälfte. Warum? Geht's nicht mehr? Hält man den englischen Steuerzahler schon für ausgepumpt? Glaubt man ihm keine höheren Leistungen mehr zumuten zu dürfen? Ist England steuermüde geworden?

*) Das erste legte Lloyd George im November 1914 vor; das zweite und dritte Mc. Kenna im September 1915 und April 1916; das vierte Bonar Law im Mai 1917. — Lloyd George versuchte im Mai 1915 eine große Getränkesteuergesetzgebung. Sie ist ihm nicht gelungen.

In der Tat: Wenn man sich dessen erinnert, daß dem englischen Schatzkanzler seit einem Jahr von vielen Seiten immer und immer wieder vor Augen gehalten worden ist (auch von der ersten volkswirtschaftlichen Zeitschrift Englands, dem „Economist“, dessen Leiter heute dem Schatzamt nicht fern steht), daß er die Steuerschraube gar nicht scharf genug anziehen könne, daß er immer mehr Steuern und immer höhere Steuern ausschreiben müsse, einesteils, um, alter Überlieferung entsprechend, einen steigenden Teil der Kriegskosten auf laufende Einnahmen zu nehmen, andernteils, um dem sich unangenehm breitmachenden Luxus und der allerwärts zu beobachtenden Verschwendungssucht Einhalt zu tun; wenn man des vor Monaten laut gewordenen Vorschlages gedenkt, daß zwecks Eindämmung der Steigerung der Staatsschuld (man stand vor der Ausgabe der dritten Kriegsanleihe) der größte Teil der Kriegskosten von 1917/18 auf laufende Einnahmen genommen und eine Steuer in der Höhe von 6 Prozent vom Vermögen erhoben werden sollte —, dann mußte das von Bonar Law vorgelegte Budget mit neuen Steuern in dem unter den obwaltenden Umständen überraschend niedrigen Betrag von 30 Millionen Pfund Sterling eine große Enttäuschung bereiten. Wer gar die Budgetrede Bonar Laws im Wortlaut gelesen hat, der wird sich des Gefühls nicht erwehren können, daß ein müder Zug durch seine Darlegungen ging, und daß sie trotz dem trostvollen Schluß: „Nicht Mangel an Geld wird unseren Sieg verhindern; wir werden imstande sein, unter diesem Gesichtspunkte durchzuhalten, länger als unsere Feinde“, recht entfangungsvoll klangen; zumal er dem eben angeführten Schlußwort den Satz vorgestellt hatte: „Wir werden nicht imstande sein, ungemessene Zeit mit derartigen Ausgaben, wie sie jetzt an uns herantreten, fortzufahren“ *).

III.

Wo hat der englische Schatzkanzler bei seinen neuen Steuern den Hebel eingesezt?

a) Das Erste, was er sich vornahm, war „das Vergnügen“. Mc. Kenna hatte im April 1916 eine Steuer auf den Besuch von Theatern, Lichtspielen, Sportplätzen usw. gelegt und sich von ihr 5 Millionen Pfund Sterling (100 Millionen Mark) versprochen. Sich zuviel versprochen; denn nach den Erklärungen von Bonar Law sind es nur etwa 3 Millionen Pfund Sterling (60 Millionen Mark) geworden. Hier faßt der Schatzkanzler nach, indem er die Eintrittskarten von einem bestimmten Betrag ab stärker belastet und außerdem noch die Freibillette der Steuer unterwirft. Er erhofft davon ein Mehr von $1\frac{1}{2}$ Millionen Pfund Sterling (30 Millionen Mark).

Man traut seinen Augen nicht, daß der englische Schatzkanzler heute, wo er auf insgesamt 570 Millionen Pfund Sterling Steuern und 639 Millionen

*) ... Through we could not go on indefinitely on this scale of expenditure, yet it is certain that it will not be the want of money which will prevent our victory, and that we shall be able to go from this point of view longer than our enemies.

Pfund Sterling Gesamteinnahmen rechnet, um eine solche Lappalie sich büßt, dem Unterhaus mit einer derartigen Bagatelle kommt.

b) Sein zweites Objekt ist der Tabak, der bereits im September 1915 bluten mußte. Mc. Kenna versprach sich damals aus der 50prozentigen Zollerhöhung ein Mehr in der Höhe von etwas über 5 Millionen Pfund Sterling. Jetzt schlägt Bonar Law wieder auf; er nimmt vom Pfund (450 Gramm) erneut 1 s 10 d und glaubt damit 6 Millionen Pfund Sterling = 120 Millionen Mark aufbringen zu können.

Die Zolleinnahmen aus dem Tabak betragen vor dem Krieg, während des Finanzjahres 1913/14, 18,25 Millionen Pfund Sterling. Angaben darüber, wieviel der englische Tabakzoll im Rechnungsjahr 1916/17 gebracht hat, liegen noch nicht vor. Den Accounts relating to Trade and Navigation of the U. K., Dezember 1916 (S. 335) zufolge wurde aus der Tabakeinfuhr ein Zoll gelöst während des Kalenderjahres

1913	von	20,31	Millionen	Pfund	Sterling
1914	"	21,37	"	"	"
1915	"	26,26	"	"	"
1916	"	36,01	"	"	"

5 Millionen Pfund Sterling erwartete Mc. Kenna aus der im September 1915 ausgeschriebenen Erhöhung des Tabakzolles; 10 Millionen scheinen es geworden zu sein. Einschließlich der neu hinzukommenden 6 Millionen würde also der Tabak (ungeschälten Import und Verbrauch vorausgesetzt), jetzt in England 42 Millionen Pfund Sterling = 840 Millionen Mark bringen. Des Vergleiches halber sei erwähnt, daß der deutsche Zoll aus unverarbeiteten Tabakblättern im Jahre 1913 1,73 Mark auf den Kopf der Bevölkerung in Deutschland betragen hat; daß die Steuer auf Tabakerzeugnisse 0,22 Mark brachte; daß der Deutsche vor dem Kriege durch Zoll und Fabriksteuer etwas über 2 Mark entrichtete und dazu noch etwa 0,70 Mark an Zigarettensteuer; alles in allem also noch nicht 3 Mark. In England aber zahlte man damals 9 Mark auf den Kopf der Bevölkerung; (und 18 Mark sollen es jetzt werden). Dort wurde also vor dem Kriege dafür, daß der eine dem anderen blauen Dunst vormachte, die dreifache „Gebühr“ erhoben wie bei uns.

c) Den dritten Griff wagte Bonar Law bei der Kriegsgewinnsteuer, wo er um 20 Prozent aufschlägt. Er glaubt dadurch 20 Millionen Pfund Sterling = 400 Millionen Mark neu gewinnen zu können. Auf diese Weise und durch die Ausdehnung der Steuer (die Munitions-Lavy, d. h. die Abgabe der von der Regierung kontrollierten Fabriken, die nicht über einen bestimmten Satz hinaus verdienen können, wird jetzt mit der Excess Profits Duty verschmolzen) hofft man für 1917/18 200 Millionen Pfund Sterling hereinzubringen gegen 140 Millionen Pfund Sterling während 1916/17.

Die englische Kriegsgewinnsteuer ist ein Griff ins Volle. Sie wird es hoffentlich auch bei uns sein. Bei der Vorlage vom September 1915, beim

ersten Versuch (50 Prozent; im April 1916 auf 60 Prozent erhöht; jetzt auf 80 Prozent), glaubte Mc. Kenna eine Einnahme von nicht mehr als 30 Millionen Pfund Sterling aus der Kriegsgewinnsteuer erwarten zu sollen; reichlich das Sechsfache, fast das Siebenfache soll sie nunmehr bringen.

Sehr zaghaft, mit einer reichlichen Dosis „Steuerscheu“, ging Bonar Law an die neue Steigerung heran. Es verlohnt, die Darlegungen, womit er seinen Vorschlag begleitete, ausführlicher wiederzugeben.

„Nun zu der Quelle, aus der ich den Hauptbetrag der neuen Einnahmen zu gewinnen hoffe. Ich schlage vor, die Kriegsgewinnsteuer von 60 auf 80 Prozent zu erhöhen. (Bravo!) Einige Mitglieder des Hauses rufen Bravo zu dieser meiner Erklärung; aber ich muß ehrlich gestehen, daß, wenn nicht eine Staatsnotwendigkeit die Erhöhung unserer Einnahmen erzwungen hätte, ich die Steuer sehr gern so hätte bestehen lassen, wie sie mein Vorgänger gestaltet hat.

Vom Standpunkt der Gerechtigkeit ist nichts gegen die Steuer einzuwenden. Niemand, so denke ich, kann es für unbillig halten, denjenigen, welche große Gewinne aus dem Kriege ziehen, einen so hohen Betrag wegzunehmen, wiewohl es auch Fälle gibt (alles in allem werden es aber nicht viele sein), wo die Gewinne nicht aus dem Kriege stammen. Wenn wir uns aber vor Augen halten, welche Entbehrungen der überwiegende Teil des Volkes jetzt auf sich nehmen muß, so kann ich keine Unbilligkeit und keine Mißhandlung in einer Steuer erblicken, welche jene trifft, die während des Krieges ein größeres Einkommen als vorher beziehen.

Aber wir dürfen die Wirkung der Steuer auf das gesamte Wirtschaftsleben nicht übersehen und müssen im besonderen die Lage in der Zeit nach dem Kriege im Auge behalten. Ich habe eine ganze Anzahl von Abordnungen von Interessenten, welche gegen eine Erhöhung der Steuer vorstellig werden zu müssen glaubten, empfangen. Ich habe alle ihre Gründe gehört, habe das Gewicht derselben zumeist anerkennen müssen und glaube, mich in ihren Gedankengang hineingefunden zu haben. Das Haus muß sich dessen bewußt sein, daß es nicht so einfach ist, zu sagen: „Steuere 80 Prozent der Übergewinne hinweg!“ Dieser Aufschlag nimmt einen großen Anteil des Betriebskapitals der Unternehmungen in Anspruch. Ich weiß, daß wegen dieses starken Anziehens der Steuerschraube viele Firmen nicht imstande sein werden, die Abgabe zu erlegen, wenn sie sich nicht das Geld leihen oder ihr Geschäft an den Nagel hängen*).

Alles das muß ich zugeben. Aber ich brauche mehr Einnahmen, und ich bin nach reiflicher Überlegung zu der Ansicht gekommen, daß keine andere

*) The House will readily understand that it is not so simple a proposition as merely saying, „You are going to take 80 Prozent of a mans excess profits“, because the increase means a large increase of expenditure for working capital. I know that on account of that large increase many firma are not able to pay this duty except by borrowing money or stopping their trade.

Steuerform gefunden werden kann, welche alles in allem gerechter und dem nationalen Interesse weniger abträglich ist als die Kriegsgewinnsteuer."

IV.

An drei Stellen setzt also der englische Schatzkanzler jetzt den Hebel an, beim Vergnügen, beim Tabak und beim Kriegsgewinn.

Er schwieg sich aus über die Möglichkeit einer Steuererhöhung beim Bier, Branntwein, Tee, Zucker; desgleichen über die Möglichkeit der Erhöhung der Erbschaftssteuer und der Einkommensteuer.

Daß ihm bei den Zöllen und bei der Besteuerung der im Inland hergestellten Verbrauchsgegenstände nicht viel zu tun übrig blieb, „lag auf der Hand“. Der Verbrauch aller überflüssigen Dinge soll ja auf der ganzen Linie eingeschränkt werden (woraus die entsprechenden Folgerungen bei den Steuereinnahmen gezogen werden müssen). Schiffsraum soll nur mehr für die notwendige Einfuhr zur Verfügung stehen.

Und der Tabak? Der zählt natürlich auch zu den entbehrlichen Gegenständen; dessen Einfuhr wird natürlich auch eingeschränkt. Gleichwohl greift ihn der Schatzkanzler heraus. Warum nun ihn? Warum glaubt er trotz wesentlicher Beschränkung im Bezug des ihm sehr entbehrlich scheinenden Rauchkrautes*) gerade hier — und bei anderen zollpflichtigen Gegenständen nicht — eine Zollerhöhung vornehmen zu müssen? Er wird bei seinem Vorgehen weniger an die noch einzuführenden als an die schon im Lande befindlichen unversteuerten Mengen gedacht haben. In den Zollägern befand sich Tabak am 28. Februar

1917	242 Millionen Pfund,
1916	269 " "
1915	256 " "

Wenn man bedenkt, daß der englische Zoll auf unverarbeiteten Tabak (und was in den Zollägern sich befindet, ist bis auf geringe Mengen unverarbeiteter Tabak) jetzt nicht weniger als 7 s 4 d bis 8 s beträgt**), so kann

*) I think there is good reason for this addition (zu der bestehenden Tabaksteuer). It is justified by the simplest methode of reasoning, that it is a revenue-producing tax. Last year, in spite of the heavy addition, and in spite of the fact that a large proportion of the population is serving abroad-where they get their tobacco, I am glad to say, without paying duty on it, there has been no falling of in the consumption. That is in itself a justification, from the revenue point of view, of putting on an additional burden.

Tobacco, I suppose, is a luxury. Personaly there are few necessities which I would not rather do without. (Rede im Unterhaus vom 3. Mai 1917.)

**) Gegen 8 s vor dem großen Lloyd Georgeschen Budget. Im Jahre 1907 brachte der Tabak 14 Millionen Pfund Sterling; jetzt soll er 42 Millionen bringen. Man hat in England binnen zehn Jahren den im Vergleich zu Deutschland wahrlich immer sehr hohen Tabakzoll fast verdreifacht;

man sich ungefähr ein Bild machen, was dem Schatzkanzler der Zuschlag auf die schon im Lande befindlichen, aber noch unverzollten Tabakmengen (von der geringer werdenden, aber immer noch vor sich gehenden Einfuhr ganz abgesehen) bringt.

Genau so hätte er aber auch beim Branntwein- und Teezoll-verfahren können. Auch die Teeinfuhr ist stark eingeschränkt; aus nicht britischen Gebieten (China, Niederländisch-Indien usw.) ist sie ganz verboten. Unter Zollverschluß aber lagerten am 28. Februar 1917 nicht weniger als 94 Millionen Pfunde.

Der Teezoll betrug vor dem Krieg 5 d und beträgt jetzt 1 s vom Pfund; steht also dort, wo er im Burenkrieg gestanden hat. Im Krimkrieg aber wurde vom Pfund ein Zoll von 1 s 9 d erhoben. Das bedeutete damals nicht nur absolut, sondern auch relativ eine viel stärkere Belastung für den Verbraucher als heute der eine Schilling. Warum hat der Schatzkanzler nicht auch hier aufgeschlagen? Wahrscheinlich mit Rücksicht auf die „Stimmung“. Er hätte den sicheren Mehrertrag aus dem Teezoll sehr notwendig gebraucht, aber er verzichtete darauf, weil der Tee wie andere Waren des täglichen Gebrauchs ohnehin schon sehr hoch im Preise stehen (und hoffentlich infolge der Wirksamkeit unserer U-Boote im Preise noch steigen werden); er wagte es nicht mehr, hier einzugreifen.

Ebenso hätte sich trotz Produktionseinschränkung ein Zugreifen beim Branntwein gelohnt. Von home-made spirits liegen unter Steuerverschluß nicht weniger als 138 Millionen Gallonen gegen 150 Millionen im Vorjahre. Auch wenn die Branntweimbrennerei jetzt in England auf ein Minimum herabgedrückt wird, so hätte sich dem Schatzkanzler in den noch vorhandenen, einen normalen englischen Bedarf von vielleicht vier Jahren deckenden Borräten ein günstiges Steuerobjekt geboten. Und ebenso wäre er aus einer Erhöhung des Einfuhrzolles auf fremde Spirituosen einige Millionen zu gewinnen imstande gewesen; er hätte aus dem fremden Branntwein unendlich mehr herausholen können wie aus dem „Bergnügen“, wo er die Steuerschraube herumdrehte, um die Lappalie von 1½ Millionen Pfund Sterling zu gewinnen. Denn unter Zollverschluß lagerten am 28. Februar 1917 nicht weniger als 18 Millionen Gallonen foreign spirits, gegen 12 Millionen um die gleiche Zeit 1916 und nicht ganz 9 Millionen zu Ende Februar 1915.

Warum, so kann man wiederholt fragen, griff der Schatzkanzler nicht auch beim Branntwein zu? Es werden neben „Stimmungsmomenten“ auch politische „Verstimmungsmomente“ mithereingespielt haben.

Mit einem Aufschlag beim Zuckertzoll würde der Schatzkanzler allerdings keine Erhöhung der Steuererträge erzielt haben. Um die Zuckerversorgung Englands steht es nicht zum besten; die Zolllager sind geplündert; während am

28. Februar 1915 fast 10 Millionen Zentner dort lagerten, sind es lezt hin nunmehr etwas über 2 Millionen Zentner gewesen*).

Daß er bei der Biersteuer, welche Lloyd George im November 1914 verdreifacht hatte, nicht nochmals aufgeschlagen hat, begreift man ohne weiteres, wenn man bedenkt, daß die englische Bierbrauerei schon seit langem mit einer Einschränkung ihres Ausstoßes um etwa 66 Prozent rechnen muß. Dem Vernehmen nach wurde ihr lezt hin sogar die Gerste, über die sie noch verfügte, weggenommen, um sie für Brotzwecke zu verwenden. Mit ihrer Hergabe hat die englische Bierbrauerei zwar das Vaterland — bis zur nächsten Ernte — gerettet; sie ist aber darüber auch zum Stilleliegen gekommen.

Die Einschränkung bei der Bierbrauerei ist so enorm, daß der Schatzkanzler, ohnehin konservativ gerichtet und so ein Freund der Brauer wie nicht minder des bei den Wahlen eine große Rolle spielenden Schankwirtes, sich veranlaßt gesehen hat, dem Beispiel seines liberalen Amtsvorgängers vom November 1914 zu folgen und auf den größten Teil der Schanksteuer zu verzichten. Beerage und Beerage sind in England so eng befreundet, daß selbst bei den riesigen finanziellen Ansprüchen des Krieges dieser Verquickung Rechnung getragen werden muß.

Und die Einkommensteuer? Über diese hat der Schatzkanzler in seiner Budget-Rede kein Wort verloren; die Möglichkeit ihrer Erhöhung hat für ihn allem Anschein nach gar nicht bestanden.

An der gleichen Stelle, wo am 2. Mai 1917 ein englischer Schatzkanzler bei der Vorlage seines Budgets mit einem Fehlbetrag von $1\frac{2}{3}$ Milliarden Pfund Sterling die Frage der Tunlichkeit der Erhöhung der englischen Einkommensteuer überhaupt nicht anschnitt, hatte am 17. November 1914 ein englischer Schatzkanzler erklärt: The first resource of every Chancellor of the Exchequer under these conditions is the income tax. (Schluß folgt)

*) Die gesamte Zuckereinfuhr (Rohzucker und Raffinade) betrug in den ersten zwei Monaten des Jahres

1915	6 437 000 Zentner
1916	3 747 000 "
1917	3 884 000 "

In den Konsum gingen von der Einfuhr über in den ersten zwei Monaten des Jahres

1915	5 273 000 Zentner
1916	4 417 000 "
1917	3 558 000 "

